

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 37.31. Jahrg.

13. Septbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag. Telephon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Sehr wichtig ist es, ... Verdienst an dem Lehrling. Rundschau. — **Allgemeines:** Menschenökonomie. Gegen die Teuerung! (Zum Abschluß der Berliner Lohnbewegung. Leipzig.) — **Die photomedan, Fächer:** Wo keine Kriegsindustrie ist! — Adressen-änderungen. Opfer des Krieges. — **Anzeigen.**

Verdienst an dem Lehrling. ☒

Im Hinblick auf die großen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft für die Umschaltung der Kriegsindustrie in die Friedensarbeit wird die Sorge um die Beschaffung genügenden beruflichen Nachwuchses immer brennender. »Wo gibt es denn noch Lehrlinge?« so fragte erregt ein Unternehmer aus der graphischen Branche. »Alle meine Versuche, durch Anzeigen usw. einen Lehrling zu bekommen, waren erfolglos!« — Aber es ist durchaus verkehrt, die Schuld in den zu hohen Löhnen der jugendlichen Arbeiter der Kriegsindustrie zu suchen; das hieße die Begriffe auf den Kopf stellen. Sie sind nicht dort zu hoch, sondern umgekehrt in den anderen Gewerben zu niedrig.

So dumm sind die Eltern, die ihre Kinder in eine Lehre gegeben haben, doch nicht, daß sie nicht wüßten, welche Schäden für die Zukunft ihres Kindes daraus erwachsen, wenn sie die Lehre unterbrechen. Aber es ist ihnen nur zu häufig gänzlich unmöglich, ihr Kind durch diese Schreckenszeit ohne Zuversicht durchzubringen. Wir wollen den Gedanken lieber gar nicht weiter erörtern, wonach den Eltern gar keine andere Wahl blieb, weil die Lehre keine Lehre war, weil nach und nach in dem Lehrbetrieb jede Möglichkeit für den Lehrling entwand, was für die Zukunft Brauchbares zu lernen. Es verschwanden die Qualitätsaufträge, es verschwand das gute Rohmaterial und die brauchbaren Hilfsmittel der Arbeit, und es verschwanden leider auch die tüchtigen Gehilfen und Meister, es wurden schließlich sogar die älteren Lehrlinge eingezogen, von denen der jüngere Stift etwas hätte lernen können. Von diesen technischen Ursachen wollen wir heute nicht reden.

Überall dort, wo der Vater oder Hauptverdiener der Familie eingezogen würde, wo die ganze Last der Erhaltung der Kinder auf die Mutter fiel, da ergab sich die Unmöglichkeit, den Sohn durch die Lehrzeit durchzuhalten. Denn der Verdienst des Ernährers kam in Fortfall und die sogenannte Kostgeldentschädigung wurde immer geringer. Jawohl, geringer!

Vergegenwärtigen wir uns doch einmal die Bedeutung des Wortes: *Kostgeldentschädigung*.

Die Lehrlingsausbildung ist lange Zeit ein Privileg des Kleinhandwerks gewesen und ist es zum Teil heute noch. Hier aber wurde der Lehrling mit dem Eintritt in die Lehre Mitglied der Familie des Meisters, er zog damit in Kost und Logis. Es übernahm also der Handwerksmeister sämtliche Kosten, die sich aus der Stellung des Wohnraumes, der Ernährung und ähnliches mehr ergaben. Viele Jahrhunderte hat sich dieser Brauch erhalten.

Es waren ziemlich bedeutende Kosten, die der Kleinmeister vom 1. Tage der Lehre damit übernahm. Erst unsere Zeit hat diesen Brauch allmählich abgelöst, aber noch nicht ganz. Dort, wo er noch besteht, werden es heute die Meister sein, die sich die modernere Form der Lehrlingsausbildung herbei wünschen. Sie wollen ganz gewiß nichts mehr von dem Vers des Freienwalder Dichters *Friedrich Weise* wissen:

»Fluchwürdig ist des Meisters sagen,
Was kümmerts mich, wo er zur Nacht,
Wenn er mir nur an Werkeltagen,
Die aufgegeben Arbeit macht.«

Denn das freie Arbeitsverhältnis mit dem Lehrling würde ihm heute einen recht erheblichen Gewinn bringen, weil im freien Arbeitsverhältnis an Stelle der vollständigen Erhaltung

Sehr wichtig ist es,

daß jeder im militärischen Dienst stehende Kollege in ständiger Verbindung mit seinem früheren Ortsvorstand bleibt, von dem er dann die »Graphische Presse« und alle wichtigen Verbands-Mitteilungen gern zugesandt erhält. Er hat dadurch den Vorteil, über alles Nötige aus dem Berufe laufend unterrichtet zu sein. Teilt daher jede militärische Adressenänderung eurem früheren Ortsvorstand sofort mit.

des Lehrlings die sogenannte Kostgeldentschädigung getreten ist. Diese Freiheit für den Lehrling haben die Eltern schon in normalen Zeiten mit einer erheblichen Kostenrechnung bezahlen müssen, denn die Entschädigung war schon immer so niedrig angesetzt, daß damit ein junger Mensch in den Jahren der Entwicklung in denen er stets das Bestreben an den Tag legt, zu weit durch die Hosenbeine und Rockärmel zu steigen und in denen er einen geradezu beängstigenden Appetit zeigt, nicht durchgehalten werden konnte.

Und nun hat der Krieg dieses Mißverhältnis ins Maßlose gesteigert. Bei aller Schonung, die sich der Mensch der Kriegszeit in Kleidung und Wäsche auferlegt, was nützt es aber, der Junge zerreißt sie nicht, er wächst aber überall, wo sie offen sind, ein Stück hindurch. Sie müssen ersetzt werden, auch wenn sie noch nicht zerissen sind. Da müssen Monatsverdienste erwachsener Arbeiter drangewendet werden, bei den märchenhaften Preisen die jetzt dafür gefordert werden. Und dazu der Hunger, der ewige Hunger des im Wachstum begriffenen Menschen!

Und der Meister pocht auf seinen Lehrvertrag, worin die Ablösung seiner Erhaltungspflicht in der Kostgeldentschädigung ausgedrückt ist. Er dankt im Innern seinen Schöpfer, vielleicht zu ersten Male, für diese sozialistische Neuerung und beruhigt sein Gewissen, indem er freiwillig 1 oder 2 Mk. pro Woche seinem Lehrling an Zulage gewährt. Aber die Mehrbeträge für Kleidung, Wäsche,

Schuhzeug und Lebensmittel steigen in die Hunderte von Mark.

Die Kosten dieser Lebensmittel und Bedarfsartikel, daß ist doch der Stand von dem aus wir unser Einkommen berechnen müssen. Was auf dem Papiergeldschein oder dem Geldstück aus Ersatzmetall draufsteht, ist nicht maßgebend. Habe ich ehemals bei einem Wochenlohn von 40 Mk. rund so viel verdient, daß ich alle die oben angeführten Dinge regelmäßig kaufen konnte, so muß ich heute mir alle diese Dinge gleichfalls kaufen können, gleichgültig was sie kosten. Und der Betrag, der dabei herauskommt, das ist der Lohn, der mir für meine Arbeitsleistung unbedingt zusteht. Erst dann könnten wir sagen, wir hätten den Friedenslohn behauptet. Dabei ist noch garnicht berücksichtigt, daß in der Kriegszeit, selbst nach dem Eingeständnis zahlreicher Unternehmer, die Arbeitsleistung sich ganz erheblich gesteigert hat. Wollten wir das noch in Rechnung stellen, dann würde sich zeigen, daß kaum die höchsten sogenannten Kriegslöhne diese Höhe erreichen.

Wären unsere Unternehmer gerecht, so müßten sie zugeben, daß es keinen bescheideneren Menschen geben kann als den Arbeiter. Nachdem Krieg, Wucher und Schleihhandel seinen Wochenverdienst auf den Wert eines Bettelpfennigs herabgedrückt haben, nimmt er dankbar die sogenannte Teuerungszulage entgegen und glaubt wirklich vielfach, er habe jetzt mehr Lohn als in Friedenszeiten.

Soweit dieser Arbeiter nun auch noch Vater eines Lehrlings ist, wurde ihm auch dessen Kostgeldentschädigung durch die Entwertung des Geldes bedeutend verringert, während die Ausgaben für den Sohn ins Uferlose stiegen. Hier fällt eine fast unerträgliche Last infolge der Steigerung aller Warenpreise auf den Ernährer, oder auf die Mutter, und macht deren Sorgen unausstehlich. Bei aller Fürsorge um die Zukunft muß das Kind doch erst mal durch die Gegenwart gebracht werden. Solange aber der Lehrmeister nur die Vorteile der Ausbildung in Anspruch nimmt, die Erhaltung des Lehrlings aber den Eltern überläßt, solange ist an einen größeren Zulauf an Lehrlingen nicht zu denken. Einst erkannte der Kleinmeister restlos die Pflicht für sich an, für die Durchhaltung des Lehrlings zu sorgen. Den Betrag für diese Pflichtausgaben steckt er heute, bis auf einen lächerlichen Rest, ganz in seine Tasche. Sein ist der Verdienst an dem Lehrling, den Eltern aber überläßt er gern die Sorge und die ins Unberechenbare steigenden Erhaltungskosten.

Es fällt uns garnicht ein, unsere Vorwürfe unterschiedslos gegen jeden Unternehmer zu richten, einige haben sich in anerkannter Weise bemüht, die Entschädigung des Lehrlings aufzubessern. Wenn im 3. und 4. Lehrjahre 15—25 Mk. pro Woche dem Lehrling gezahlt werden, so kann damit gewiß niemand übermüht werden, wohl aber erleichtern sie einigermaßen die Sorgen der Eltern. Umso verbitternder muß es wirken, wenn heute noch Lehrherrn ihre Lehrlinge mit 5 Mk. oder wenig

mehr abspesen; das ist selbst dann menschlich unbegreiflich, wenn der Lehrvertrag im weiteren Verlauf der Kriegszeit abgeschlossen ist. Solche Verhältnisse sind ganz dazu angetan, den Zulauf an Lehrlingen zum Gewerbe noch mehr zu verringern. Der rücksichtslose, nur auf den eigenen Vorteil bedachte Unternehmer hat dabei zwar den Verdienst, das Gewerbe aber den dauernden Schaden. Auch hier scheinen uns wieder einmal die Verhältnisse dahin zu drängen, diese Lehrlingsentlohnung durch feste Beschlüsse einheitlich für das ganze Gewerbe zu regeln. Wo die Entlohnung durch tarifliche Festlegung gleichmäßig gesichert ist, da wird am besten der Schmutzkonkurrenz ein Stück Boden unter den Füßen entzogen.

Rundschau.

Auch die Zigarre verschwindet. Die Tabakverarbeitung hat dem graphischen Gewerbe und hier insbesondere dem Steindruck und der Lithographie viele Beschäftigung gegeben. Zu all den Nackenschlägen, die unser Gewerbe in der Kriegszeit mehr als reichlich empfangen hat, macht sich im laufenden Jahr immer fühlbarer der Rückgang der Tabakfabrikation bemerkbar. Wir haben kürzlich aus Bautzen einen trüben Bericht gebracht, worin die in Aussicht gestellte Entlassung vieler Kollegen berichtet wurde. Ähnliche Nachrichten laufen aus anderen Orten ein. Dazu kam die harte Verfügung der Zentrale für Kriegslieferung und Tabakfabrikation in Minden, wonach sämtliche Zigarren, die durch ihre Vermittlung in's Feld wandern, in unbekleibten Kisten geliefert werden müssen. Zu alledem kommt nun noch die Nachricht, daß dieselbe Zentrale die Schließung der Zigarrenfabriken für das Jahresende in Aussicht gestellt hat. Der Grund ist die Erschöpfung der Vorräte an Rohabak. Aussicht auf weitere Einfuhr von Tabak und Zigarren aus Holland sei nicht vorhanden und die neue Ernte des inländischen Tabaks könnte erst im Laufe des nächsten Jahres verarbeitungsfähig sein. Der völlige Stillstand der Luxuspapierbetriebe, soweit sie sich mit der Herstellung von Zigarrenpackungen beschäftigten, wäre damit gegeben. Selbst die Wiedererweckung dieses einst so blühenden Zweiges unseres Gewerbes ist recht fragwürdiger Natur, sofern das Problem des staatlichen Tabakmonopols Wirklichkeit werden sollte. Das Verbot der Packungen gab einen schlechten Vorgeschmack. Einstweilen wird es unsere Aufgabe sein, für die neuen Opfer dieser Verfügungen, falls sie arbeitslos bleiben sollten, die staatliche Unterstützung heranzuziehen, wie sie in der Kriegszeit für die arbeitslosen Textilarbeiter und auch Tabakarbeiter bereits gegeben wurde. Vielleicht auch wäre den beteiligten Gehilfen besser mit einer Erleichterung der Umzugsmöglichkeiten nach Orten gedient, in denen ein Mangel an tüchtigen Arbeitskräften vorhanden ist. Wenn hier eine ausreichende Unterstützung von Reichs wegen gegeben würde, die die dem Einzelnen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten des Umzugs erleichtern könnte, dann läge das ebenso im Interesse der Unternehmer wie der Gehilfen. Denn wir haben alle Ursache, den noch vorhandenen Stamm der Gehilfen nicht auch noch in andere Industrie abzuwandern zu lassen. Das graphische Gewerbe und besonders seine Gehilfenschaft hat in den vergangenen Jahren wahrhaftig genug gelitten. Ist auch die Zahl der neuen Opfer nur klein, im Verhältnis zu denen der Tabakindustrie, wo jetzt noch zirka 80. bis 90.000 Arbeiter in Frage kommen, so fordern ihre Verhältnisse nicht minder dringend Berücksichtigung durch die Allgemeinheit.

Der Magistrat in Frankfurt a. M. beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung für die Übergangswirtschaft. Es erscheint dem Magistrat notwendig, schon jetzt gewisse Grundsätze festzulegen, um rechtzeitig eine klare Abgrenzung der Erwerbslosenfürsorge gegenüber den eigentlichen Aufgaben der Kriegswohlfahrtspflege zu schaffen. Die Unterstützung soll betragen für völlig erwerbslose Personen: Für den Haushaltungsvorstand 3 Mk. täglich; für Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,75 Mk., bei Familienangehörigen wohnend 2,20 Mk.; über 16 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,20 Mk., bei Familienangehörigen wohnend 2,20 Mk.; für jedes Kind unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst 0,50 Mk. und für jedes Kind über 16 Jahre und sonstige Familienangehörige, die zu unterhalten sind, 1 Mk. — Ferner soll die freiwillige Krankenversicherung in der dritten Lohnklasse übernommen werden. Einnahmen aus anderen Quellen werden auf die Unterstützungssätze angerechnet. Erwerbslosenunterstützung von Berufsvereinen jedoch nur zur Hälfte. Der Magistrat soll ermächtigt werden, die Unterstützungssätze je nach der Verschiebung des Geldwertes und der Teuerungsverhältnisse zu erhöhen oder zu ermäßigen und neben ihm Mietzuschüsse bei längerer Dauer der Erwerbslosigkeit festzusetzen. Die Unter-

stützung soll die Dauer von 6 Monaten nicht übersteigen. Diese Bestimmungen der Erwerbslosenunterstützung sind vom städtischen Arbeitsamt, dem auch Vertreter der Arbeiterorganisation angehören festgesetzt worden. Die Höhe der Ausgaben für die Unterstützung läßt sich noch nicht übersehen. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung hierfür vorläufig einen Kredit von 100.000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Er glaubt, daß zwei Drittel der gemeindlichen Ausgaben von Reich und Staat ersetzt werden.

Aus dem Gärtnerverband berichtet die Gärtner-Zeitung, daß die große Mehrzahl der Mitglieder, 95 Proz., zum Kriegsdienst einberufen sei. Es sei dies die verderbliche Wirkung der Berufspolitik unserer Arbeitgeber: Einstellung von jungen Kräften, starres Festhalten am Kost- und Wohnungszwang und dadurch das Herausdrängen der älteren Kollegschaft. Nun fehle dem Beruf der so notwendige ältere Stamm an Arbeitskräften. Die Arbeitsgelegenheit ist beschränkt, zum großen Teil, wie in der Landwirtschafts- und Ziergärtnerei, unmöglich gemacht. Dadurch nahm die Organisation von Vierteljahr zu Vierteljahr ab. Nun aber gehe es auch hier wieder vorwärts.

Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft. In der neuesten Nummer der »Sozialen Praxis« veröffentlicht Max Graf von Montgela eine Studie zu dem Buch des Professors Stefan Bauer-Basel über Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft, in der der Verfasser dafür eintritt, daß der Krieg wieder gutmachen müsse, was er an der Kraft des arbeitenden Volkes verbrochen habe, und daß der Neubau des Arbeiterrechts auf internationaler Grundlage erfolgen müsse. Graf von Montgela kommt dabei zu folgendem Schlußergebnis: »Wenn der Völkerbund scheitert und die Gruppenbündnisse weiter bestehen bleiben, dann kommt der Wirtschaftskrieg, kommt der scharfe Konkurrenzkampf mit zügelloser Ausnutzung der Arbeitskräfte, mit Lohndruck und — trotz aller Erfahrungen — mit Überarbeit; dann droht vielleicht sogar Auswanderungsverbot und staatlicher Arbeitszwang. Das Interesse der Arbeiterklassen ist somit auch hier wieder mit dem der Gesamtheit untrennbar verbunden. Gerade um ihre eigenen berechtigten sozialen Forderungen verwirklicht zu sehen, müssen Arbeiter und Arbeiterführer ihre Bestrebungen auf einen Versöhnungs- und allgemeinen Frieden richten. Nur im Schutz des Weltfriedens kann die soziale Gesetzgebung künftig weiter ausgebaut werden. Das Hauptbemühen muß auch für den Sozialpolitiker in erster Linie dahin gehen, politische Sicherungen für einen Sonderfrieden zu schaffen. Das ist ein Friede, bei dem keine Nation, ob groß oder klein, politisch, militärisch oder wirtschaftlich geknechtet ist, ein Frieden, der es ein- für allemal unmöglich macht, daß durch den Federstich einer Kriegserklärung an einem Tage das ganze Gebäude sozialen Fortschritts krachend zusammenstürzt, das Generationen mühsam aufgebaut hatten.

Aus dem Auslande.

Aus den dänischen Arbeiterkämpfen. Im Kopenhagener Bäckerstreik, der schon über eine Woche dauert, bot Ministerpräsident Zahle seine Vermittlung an. Die Arbeitgeber lehnten ab. — Die Buchdrucker Kopenhagens haben eine Verdoppelung ihrer Teuerungszulagen durchgesetzt. Diese beträgt jetzt durchschnittlich tausend Kronen im Jahr. — Die Gewerkschaft der Kopenhagener Maurer ist, weil ihre Mitglieder am Sonnabend-Nachmittag zu arbeiten aufhörten, nachdem sie bereits zu 1000 und 10000 Kronen verurteilt war, nunmehr vom ständigen Schiedsgericht zu 60000 Kronen Strafe verurteilt worden. Strafschärfend wird der große Wohnungsmangel angeführt. Der Vorsitzende der Organisation erklärte Pressevertretern, daß diese gar nicht in der Lage sei, eine solche Summe zu zahlen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Menschenökonomie.

Die Nahrungsmittel stehen uns jetzt nur in völlig unzureichender Weise zur Verfügung. Alle Anstrengungen, durch Verdiensterhöhungen die Grundlagen zur Ersetzung der Kräfte zu schaffen, haben daher nur bedingten Wert. Immer mehr verstärkt sich das Bestreben, einen Weg zu gehen, der uns durch keine Aushungerungstaktik der militärischen Gegner versperrt ist. Können wir nicht durch reichliche Zufuhr nahrhafter Lebensmittel die jetzt in so starkem Maße verausgabten körperlichen Kräfte der gewerblichen Arbeiter ersetzen, dann müssen wir versuchen, durch möglichst schonende einen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen. In den verschiedensten Industriegebieten Deutschlands bemühen sich daher die Arbeiter um eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit. Mit Vorliebe geht der Versuch dahin, dem Sonnabend-Nachmittag frei zu erhalten, wie wir bereits in Nr. 35 d. J. berichteten.

Die Unternehmerpresse, soweit sie immer noch unter dem Einfluß der reaktionären Schwerindustrie

steht, sieht diesen Bestrebungen der Arbeiter mit bangem Herzklopfen zu und auch unser Schutzverbandsorgan »Deutsches Steindruckgewerbe« ließ sich aus jener geistigen Zentralküche eine sogenannte theoretische Abhandlung gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schreiben. Wir wollen nur den letzten Absatz davon zur Kenntnis nehmen:

»Das sozialdemokratische Zentralorgan, der »Vorwärts«, beschäftigt sich in letzter Zeit wiederholt mit der Arbeitszeitfrage und führt ähnlich wie die Gewerkschaften zur Begründung der Verkürzung an, der Arbeiter könne bei ausreichender Ruhe in acht Stunden mehr arbeiten als in 12 Stunden, der Arbeiter sei eben keine Maschine, die unbegrenzt mit gleicher Schnelligkeit laufen könne. Er vergißt allerdings, daß die Maschine auch kein Mensch ist und bei ihr die Forderung, in acht Stunden ebensoviel zu arbeiten wie in 12 Stunden, auf taube Ohren stößt.«

Wir sehen wieder, was wir schon so oft demonstriert haben, daß unsere Unternehmer ihre Haupt Sorge immer auf die Maschine richten. Der »Vorwärts« hatte dieses Moment sicherlich nicht vergessen, wie aus dem Vergleich mit der Maschine hervorgeht. Aber wer zwingt denn den Unternehmer seine Maschine nur acht Stunden laufen zu lassen, wenn die Produktion erhöhte Leistungsfähigkeit verlangt? In einem großen Teil der Kriegs- besonders der Munitionsindustrie liefen in diesen Jahren die Maschinen täglich 24 Stunden. Nach der Logik des Steindruckgewerbes müßte der bedienende Arbeiter auch täglich 24 Stunden arbeiten. Das wäre zwar kapitalistisches Ideal, aber es wäre blödsinnig, denn, um mit dem »Vorwärts« zu reden, »der Arbeiter ist eben keine Maschine«. Was wäre denn auch dabei erreicht? Nun in längstens 48 Stunden wäre der Arbeiter verunglückt oder körperlich zusammengebrochen und — ein anderer träte an seine Stelle. Darum hat man in der Kriegsindustrie täglich 2 und 3 Schichten von Arbeitern an die Maschine gestellt, wovon der einzelne höchstens 10, meistens sogar nur 8 Stunden arbeitet. Das es z. B. auch an der Schnellpresse nicht gleichgültig ist, wie lange der Drucker arbeitet, weiß jeder Praktiker aus Erfahrung. Dazu stellt man doch einen möglichst tüchtigen Menschen an die Maschine, damit er sie, resp. den Druckprozeß beaufsichtigen kann. Tüchtig ist aber nur der gesunde, ausgeruhte Arbeiter, er nur kann genügend scharf die Leistung der Maschine beobachten. Wer allerdings nur die Bogenzahl zählt, gleichgültig welcher verpatzte Kitsch dabei herauskommt, der kann auch 12 Stunden seinen Gehilfen beschäftigen. Nur hat das graphische Gewerbe keine Aussicht mit solcher Brucharbeit den Weltmarkt zu gewinnen.

Der Mensch ist und bleibt die Hauptsache des Produktionsprozesses, nach diesem Kriege noch tausendmal mehr als vordem. Nur mit Qualitätsarbeit können wir wieder den Weltmarkt zurückerobern und dazu gehört Menschenökonomie.

Wir wollen dem rückständigen Urteil des Steindruckgewerbes die Ansicht eines Unternehmers entgegenstellen. Über die völlige Ruhe im Handelsgewerbe verbeichtet sich

»Herr Warenhausbesitzer Willi Cohn in Halberstadt in einem Artikel des »Konfektionärs«. Er weist nach, daß der Gedanke und der Wunsch nach der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf dem Vormarsch ist und sich allen Einreden zum Trotz durchsetzen wird. Alle sozialen Fortschritte werden darauf hincielen müssen, die Kräfte der Angestellten zu schonen und ihre Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen. Man wird in Zukunft nicht nur Wirtschafts-Ökonomie, sondern vor allen Dingen Menschen-Ökonomie treiben müssen. Und die beste Ökonomie wird die sein, die den Angestellten die unbedingt nötige Zeit zur Erholung und zur Erfrischung gewährt.«

Und noch ein Urteil aus der neuesten Zeit, das zwar nicht für die Verkürzung der Arbeitszeit direkt, wohl aber durch sein Einsetzen für bessere Entlohnung gleichfalls im Sinne der von uns geforderten Menschenökonomie wirkt. Im »Sprechsaal«, dem Fachblatt der Keramikindustrie, schreibt ein Arbeitgeber, Herr Max Röster, über die künftigen Aufgaben der Keramikindustrie.

»Es muß von vornherein ein für allemal ausgeschlossen sein, daß etwa Löhne und Gehälter gedrückt werden. Überall sind die Ausgaben für die Lebenshaltung außerordentlich gestiegen, und nur bei ausreichender Betätigung derselben kann von dem Manne überhaupt etwas verlangt werden. Es muß also nicht nur für diese gesorgt werden, sondern es ist auch danach zu verfahren, daß die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit des Mannes durch seine Entlohnung und durch sonstige Fürsorge für ihn gesteigert und gehalten werde. Billigste Arbeit ist immer schlechte Arbeit. Beste Arbeit ist immer die wertvollste und gleichsam sparsamste, weil sie sowohl den Mann als auch den Werkstoff am besten ausnutzt. Von vornherein also fort mit dem Gedanken, eine Verbilligung der Erzeugung durch Lohnrückerei erzielen zu können und zu wollen.«

Wieviel Zeit wird noch vergehen, bis auch unsere Schutzverbandsleitung diese volkswirtschaftlichen Grundbegriffe sich aneignet?

Gegen die Teuerung!

Zum Abschluß der Lohnbewegung der Berliner Lithographen und Steindruckere. Das Ergebnis der am 11. Mai 1918 aufgenommenen Lohnstatistik wurde den Kollegen in besonderen Spartenversammlungen — Maschinendruckere, Handpressendruckere und Lithographen — am 12., 13. und 14. Juni unterbreitet. Alle drei Versammlungen waren gut besucht; besonders die zwei der Steindruckere. Die Erörterungen über die Lohnfrage waren äußerst umfangreich und einmütig wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß eine baldige allgemeine Lohnzulage dringend nötig sei, um die ungeheure Schwere der wirtschaftlichen Lage etwas zu mildern. Alle drei Versammlungen beauftragten einstimmig, mit Einschluß der anwesenden Unorganisierten, die Ortsverwaltung des Verbandes, an die Unternehmer die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung zu stellen und wurde diese am 15. Juni den in Betracht kommenden Firmen per Post zugestellt.

Gefordert wurde eine Erhöhung aller bisherigen Löhne und der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Löhne der Lithographen und Handpressendruckere unter 65 Mk.; Flachdruckmaschinenmeister unter 70 Mk.; der Rotationsmaschinenmeister unter 75 Mk. und der Offsetmaschinenmeister unter 80 Mk. wesentlich zu erhöhen, um die schwierige wirtschaftliche Lage der Gehilfen mit niedrigen Löhnen etwas zu beheben.

Für jeden der Lesen kann, ist aus Vorstehendem ersichtlich, daß für alle Kollegen, ohne Rücksicht der bisherigen Löhne, eine Zulage gefordert wird und daß bei Bewilligung von Zulagen die Löhne bis zu den oben angeführten Sätzen eine größere Berücksichtigung finden sollten. Die Verwaltung ließ sich dabei von dem Gesichtspunkte leiten, daß die Teuerung die geringer entlohnerten Gehilfen besonders schwer drückt und für diese eine höhere Zulage durchaus berechtigt sei.

Viele Unternehmer haben aber die Forderung so aufgefaßt, als ob wir für die einzelnen Sparten bestimmte Mindestlöhne verlangten und glaubten, da ihre Gehilfen bereits zu diesen Sätzen entlohnt wurden, einer Zulage entbunden zu sein; was aus den uns bis zum 21. Juni zugegangenen Schreiben ersichtlich war. Ein umfangreicher Briefwechsel zur Behebung dieses Irrtums (?) machte sich deshalb nötig. Auch die Kollegen sahen sich gezwungen in einer nochmaligen Zusammenkunft hierzu Stellung zu nehmen, wodurch die Bahn für einen günstigen Verlauf der Bewegung freigemacht wurde.

Die meisten Schwierigkeiten haben einige Schutzverbandsfirmen der Bewegung bereiten wollen. Das ist nicht verwunderlich, da bekanntlich soziale Rücksichtlosigkeit zur Tradition des Schutzverbandes gehört und dessen Mitglieder nach dieser Richtung beeinflusst werden. Auch bei dieser Bewegung war von der Leitung des Unternehmerverbandes die Parole ausgegeben worden, sich mit der Gehilfenleitung in Verhandlungen in der Lohnfrage nicht einzulassen, sondern sie mit den Arbeitern selbst zu regeln. Es soll jedenfalls auf alle Fälle vermieden werden, daß bei den Kollegen der Eindruck erweckt wird, daß sie den eventuellen Erfolg unserem Verband zu verdanken haben. Nach wie vor ist man bestrebt die Gehilfenorganisation an die Wand zu drücken und ist ängstlich bemüht der Entwicklung nach der sozialen Richtung keine Konzessionen zu machen. Man glaubt den Einfluß des Verbandes auf die Kollegen zu unterbinden und für den Kundigen ist es ein heiteres Spiel zu sehen, wie man sich auf Unternehmenseite nach dieser Richtung vergeblich abmüht. Für die Kollegen ist es keine Neuigkeit, wenn wir an dieser Stelle hervorheben, daß alle Versuche, die Lohnfrage in den Schutzverbandsbetrieben zu regeln, in vollem Einverständnis mit unserem Verband und nach dessen Anweisungen erfolgt sind. Wenn der Stuhl die Kollegen merklich drückt, wenden sich auch die Nichtorganisierten um Rat und Hilfe an uns und im Interesse der Allgemeinheit der Berufsangehörigen und des Gewerbes werden sie ihnen geholfen.

Stärker als bei bisherigen Lohnbewegungen, ist uns dieses Mal aufgefallen, daß die im Schutzverbandsbureau geführten Lohnbuchungen, den wirklichen Lohnverhältnissen etwas sehr stark nachhinken und den Unternehmern unrichtige Angaben über die Entlohnung der Gehilfen gemacht worden sein müssen. Bei Einzelverhandlungen mit Unternehmern sind uns von diesen Mitteilungen gemacht worden, die Kollegen in mehreren Firmen haben die gleichen Erfahrungen machen müssen, wonach die angeblich aus dem Schutzverbandsbureau stammenden Lohnsätze, wie sie zurzeit der Bewegung üblich gewesen sein sollten, der Wirklichkeit nicht entsprachen. Sollte vielleicht bei den Schutzverbandsmitgliedern das Bestreben vorhanden sein, die Löhne unter ihrer tatsächlichen Höhe anzugeben, um als treues und waschliches Glied dieser Kooperation zu erscheinen?

Ferner scheint der Schutzverband sich nicht mehr an die Vereinbarungen von 27. Januar 1912 gebunden zu fühlen, denn nach deren § 12 wird die Erledigung von Streitigkeiten den Orts- resp. Kreisvertretern und den Gauvorständen, und wenn die Streitigkeiten von diesen Instanzen nicht ge-

schlichtet werden können, den beiden Zentralen überwiesen. Der Schutzverband setzt sich über diese Bestimmung glatt hinweg und verweist die Regelung von Lohnstreitigkeiten an die Einzelunternehmer und an die bei diesen beschäftigten Gehilfen. Als Gehilfen sind wir dabei bisher nicht schlecht gefahren, ob das Gewerbe aber davon einen Vorteil hat, indem dadurch die Unterschiedlichkeit der Löhne innerhalb der einzelnen Berufsparten und den Firmen wesentlich gefördert wird, glauben wir bezweifeln zu müssen. Was nützen dem Gewerbe gleiche Arbeitszeiten und andere für eine gesunde Konkurrenz notwendige Bestimmungen, wenn die Schmutzkonkurrenz durch rückständige Löhne einem Teil der Unternehmer sehr erleichtert wird. Ist das eine vernünftige Gewerbspolitik? Wir bezweifeln das; denn, wenn ein Gewerbe gedeihen soll, so gehört dazu auch eine vernünftige Lohnpolitik.

Ferner ist es bezeichnend, daß es zwei Schutzverbandsbetriebe waren, gegen die erst beim Kriegsausbruch eine Klage anhängig gemacht werden mußte, bevor sie die Löhne bewilligten, die in vielen Fällen bereits seit längerer Zeit gezahlt wurden. Im allgemeinen möchten wir bemerken, daß die Nichtschutzverbandsfirmen in der Lohnfrage mehr Entgegenkommen zeigten und sich bei diesem die Angelegenheit glatt erledigen ließ.

Das Gesamtergebnis ist, daß 456 Kollegen insgesamt eine wöchentliche Zulage von 2841,50 Mk. erreichte haben. Davon fielen auf 336 Steindruckere 2119 Mk.; oder pro Kopf 6,30 Mk. und auf 120 Lithographen 721,50 oder pro Kopf 6,02 Mk. pro Woche.

Die Zulagen auf den Einzelnen berechnet ergibt folgendes Bild:

Lithographen: 6 à 2 Mk.; 1 à 2,50 Mk.; 21 à 3 Mk.; 6 à 3,50 Mk.; 7 à 4 Mk.; 1 à 4,50 Mk.; 25 à 5 Mk.; 2 à 5,50 Mk.; 5 à 6 Mk.; 3 à 7 Mk.; 2 à 7,50 Mk.; 4 à 8 Mk.; 7 à 8,50 Mk.; 4 à 9,50 Mk.; 26 à 10 Mk.

Steindruckere: 1 à 1,50 Mk.; 15 à 2 Mk.; 5 à 2,50 Mk.; 18 à 3 Mk.; 13 à 3,50 Mk.; 3 à 4 Mk.; 13 à 4,50 Mk.; 111 à 5 Mk.; 9 à 5,50 Mk.; 17 à 6 Mk.; 6 à 6,50 Mk.; 20 à 7 Mk.; 7 à 7,50 Mk.; 11 à 8 Mk.; 2 à 9 Mk.; 10 à 9,50 Mk.; 69 à 10 Mk.; 2 à 11 Mk.; 1 à 11,50 Mk.; 1 à 12 Mk.; 1 à 15 Mk.; 1 à 15,50 Mk.

Allgemein betrachtet, kann das Gesamtergebnis als ein befriedigendes bezeichnet werden, wenn auch die Wünsche vieler Kollegen nicht voll und ganz erfüllt worden sind. Erfreulich ist, daß es in einer großen Zahl von Fällen gelungen ist, die Löhne der Handpressendruckere wesentlich zu erhöhen und somit die Spannung dieser Löhne mit denen der Maschinendruckere etwas zu mildern. Die Auffassung vieler Maschinendruckere, daß ihre Löhne bedeutend höher sein müßten, läßt sich nicht in ganzem Umfange rechtfertigen. Auch das Leben der Handpressendruckere stellt an den Geldbeutel jener Kollegen die gleichen enormen Ansprüche und die bisher besser entlohnerten Sparten haben die kollegiale Pflicht, für die Minderbezahlten des Gewerbes energisch einzutreten. Das liegt in ihrem eigenen Interesse; wir haben keine Ursache, gewisse Neigungen der Unternehmer, einige Sparten des Berufes zum Nachteil anderer zu bevorzugen, unsererseits noch zu unterstützen. Im Produktionsprozeß ist der Lithograph und Handpressendruckere genau so nötig, wie der Maschinendruckere und Aufgabe der im Lohn zurückgebliebenen Sparten ist es, ihre Interessen energisch zu wahren. Lithographen und Handpressendruckere haben in dieser Beziehung noch vieles nachzuholen.

Die große Unterschiedlichkeit in bezug auf die Löhne in den einzelnen Firmen, wie sie besonders durch die Statistik vom 11. Mai 1918 zutage getreten, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, ist nicht ganz erreicht worden. Es muß das ernsthafte Bestreben aller Kollegen sein, ihre ganze Kraft in Zukunft dafür einzusetzen, wir leisten uns und dem Gewerbe damit einen guten Dienst.

A. C.
Leipzig. Am 27. August fand wiederum eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Lithographen und Steindruckere statt. War doch inzwischen an alle in Frage kommenden Unternehmer die Entschliebung vom 15. Juli abgegangen mit dem Erfolge, daß endlich einmal kooperativ über die Lohnfrage verhandelt wurde. Kollege Herbst gab in ausführlicher Darlegung ein Bild der vorausgegangenen Verhandlungen. Von einzelnen Unternehmern wurde unser Vorgehen als berechtigt anerkannt und nur gewünscht, daß auch die Schmutzkonkurrenz beseitigt würde, um endlich ein friedliches Arbeiten zu ermöglichen. Nach längeren Verhandlungen wurden folgende Abmachungen getroffen: Mit Wirkung ab 1. August werden pro Monat auf die bisherigen Gesamtlöhne folgende Teuerungszulagen gezahlt. Bei einem Gesamtlohn

Kl. I	bis 45 Mk.	für Verh.	40 Mk.	für Ledige	33 Mk.
" II	50 "	" "	33 "	" "	26 "
" III	55 "	" "	24 "	" "	19 "
" IV	60 "	" "	17 "	" "	12 "
" V	über 60 "	" "	12 "	" "	7 "

Auftretende Härten, die jede Skala in sich trägt, sollen durch Extra-Lohnzulagen ausgeglichen werden.

Für Überstunden werden Wochentags 50 und Sonntags 100 Proz. gezahlt bei Zugrundelegung des reinen Lohnes. Der Durchschnittslohn für

Maschinenmstr. war bisher 57,34 und beträgt nun 61,70
Umdrucker " " 53,45 " " " 59,71
Lithographen " " 49,11 " " " 55,77

Die Verschiebung der Lohnklassen zeigt folgendes Bild:

in Kl. I	bisher	42,	zunehm	6	Kollegen,
" II	"	79,	"	15	"
" III	"	124,	"	52	"
" IV	"	108,	"	183	"
" V	"	55,	"	152	"

In der Diskussion wurde bedauert, daß kein besseres Ergebnis erreicht wurde und nur das Versprechen, am Jahreschluß erneut zu verhandeln, bewog die Versammlung unter Würdigung der Verhältnisse, den Abmachungen zuzustimmen. Folgende Entschliebung fand gegen 13 Stimmen Annahme: »Die am 27. August 1918 in öffentlicher Versammlung zahlreich vertretenen, in Lithographie und Steindruck beschäftigten gelernten Arbeiter Leipzigs, nehmen den Bericht über die Vorgänge entgegen, die sich auf die Entschliebung vom 15. Juli vollzogen haben. Obwohl größere Erwartungen auf Erhöhung der Löhne gehegt wurden, anerkennen die Versammelten, daß es schwierig war, zunächst eine Grundlage zu schaffen, die zur Entspannung der Löhne führt und auf den nunmehr weiter gearbeitet werden kann. Die Verbandsleitung wird beauftragt, zunächst die allgemeine Durchführung der festgesetzten Lohnvereinbarung in den einzelnen Betrieben zu kontrollieren, bei fortwährenden ungünstigen Lebensverhältnissen noch vor Ablauf der vereinbarten Frist erneut an die Prinzipalvereinigung heranzutreten und außer der Lohnfrage auch die übrigen, in der Entschliebung vom 15. Juli bezeichneten Notwendigkeiten weiterer Regelung entgegenzuführen. Zum Schluß wurden nochmals alle Kollegen zu reger Verbandsstätigkeit aufgefordert und insbesondere die Unorganisierten ermahnt, endlich auch ihren Teil zur Besserung der Verhältnisse beizutragen und nicht nur die Erfolge mit einzubeziehen, sondern Mann für Mann sich der Organisation anzuschließen, damit in kommenden Zeiten durch geschlossenes Vorgehen noch bessere Resultate erzielt werden können. l. t.



Wo keine Kriegsindustrie ist!

Solange die Unternehmer eines Gewerbes auf dem nun schon schimmelig gewordenen Grundsatze beharren, über alle inneren Betriebsangelegenheiten nach Möglichkeit nur unter sich zu entscheiden, die Gehilfen zu den Regelungen der Arbeitsverhältnisse nur so weit heranzuziehen, als es im Interesse der Unternehmer selbst unvermeidlich ist, solange haben die Gehilfen auch keinen Anlaß, sich irgend welche Sorgen um die geschäftlichen Schwierigkeiten ihrer sogenannten Arbeitgeber zu machen. Dennoch weiß im allgemeinen die Gehilfenschaft nur zu genau, daß auch sie mit dem Schicksal des Gewerbes untrennbar verbunden ist. Das hat doch schließlich beiden Teilen keine Zeit deutlicher ins Bewußtsein gehämmert, als die vergangenen vier Kriegsjahre. Aber wenn trotz diesen Kriegserfahrungen der eine Teil sich als von der Natur übergeordnet betrachtet, wie es leider heute noch in der Hauptsache im Steindruck der Fall ist, dann hat dieser Teil auch kein moralisches Recht von dem anderen, so etwas wie Rücksichtnahme, Mitempfinden oder andere schöne Dinge zu verlangen.

Anders dort, wo unbeschadet aller natürlichen wirtschaftlichen Gegensätze, die Gehilfenschaft zu allen wichtigen Entscheidungen über die Arbeitsverhältnisse mit herangezogen wird. Da lernen auch die Gehilfen die Sorgen ihrer Gegenpartei mit anderen Augen betrachten. Wir sind heute in der Lage, eine Darstellung der Verhältnisse in dem Chemigraphiegewerbe wiederzugeben, die von einem Prinzipal dieser Branche gegeben wurde:

»Als der Krieg ausbrach, da mußte auch ein großer Teil der Prinzipale seine gewohnte Tätigkeit einstellen und den Kriegsdienst aufnehmen. Doch auch bei denen, die zuhause bleiben durften, kamen schwere Zeiten. Alte Kundenschaft ging verloren, der Export schwand dahin mit der vermehrten Anzahl der Feinde, und der Absatz unserer Erzeugnisse nahm ab. Doch nun begann auch das chemigraphische Gewerbe sich auf Kriegsarbeit umzustellen. Die Beschäftigung wurde lebhafter. Der Staat hatte das Bedürfnis für seine Ziele Propaganda zu machen. Aber auch die Einziehung der Gehilfen nahm immer mehr zu. Im Frühjahr 1915 konnte dadurch ein Teil der Gehilfen wieder dem gelernten Beruf zugeführt werden, die vorher in ihrer Not Aushilfsarbeit aller Art angenommen hatten. Im Jahre 1916 trat eine wesentliche Änderung ein, durch die immer stärker werdende Abschlebung vom Weltmarkt und durch das sogenannte Hindenburgprogramm. Die Militarisierung der Industrie kam, es kam die Schaffung des Kriegsamtes, es setzten die Bestrebungen ein, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu steigern. Damit begannen aber auch die großen Fabriken für ihre Arbeiter Lebensmittel anzukaufen; in der weiteren Folge stiegen die Preise dieser Lebensmittel sprunghaft, aber auch die Löhne der Arbeiter dieser Kriegsindustrie. Es ging nun bei den großen Firmen alles aufwärts; die Preise der Lebensmittel,

die Löhne und auch die Verdienste der Firmen. Es kam dann das Bestreben auf Zusammenlegung und Reduzierung der Betriebe aus Rohstoffmangel usw. Hand in Hand damit ging der Versuch, die Rohstoffe zu strecken.

Mit am schärfsten litt unter all diesen Umänderungen die graphische Branche. Wir, die wir früher an der Spitze der Industrie standen, gerieten nach und nach in das Hintertreffen. Aber das war nicht unsere Schuld. Denn während bei allen anderen Firmen eine wahre Sintflut von Arbeiten zuströmte, floß bei uns der Segen der Aufträge immer spärlicher. Wir kamen auch nicht annähernd auf die Friedensumsätze. Der Ausdruck »Kriegsgewinnler« traf auf die Inhaber der chemigraphischen Anstalten durchaus nicht zu, trotzdem sie kaum etwas dagegen einzuwenden gehabt hätten wenn er zutreffend gewesen wäre. Wir müssen uns mit unseren Unkosten in den Grenzen halten, daß wir nicht mit Verlusten arbeiten. Deshalb konnten auch die Löhne in unserem Gewerbe sich nicht dem Bedürfnis anpassen. Denn die Betriebskosten gingen im allgemeinen doch in der Höhe

weiter, die durch die bei weitem größere Friedensproduktion bestimmt war. So schmolz der Gewinn. Das liegt an dem Herausgehen aller Rohmaterialienpreise, an den Kosten, die aus der größeren Betriebsamkeit der Friedenszeit herrühren und nicht zuletzt — an dem hohen Löhnen. Die Lohndurchschritte haben sich doch überall nach oben hin verschoben. Wohl haben wir durch neuere Beschlüsse eine Festigung der Verhältnisse herbeiführen können, aber das allein reichte doch nicht aus. Keinesfalls können wir die Preise willkürlich weiter erhöhen. Es kommt vielmehr der Moment, wo unsere Abnehmer sich in zwei Gruppen spalten; in Leute, die ihre Klischees unbedingt brauchen, wie Zeitungsvertriebe usw. und solche, die Arbeiten herstellen, die ein Lagern vertragen, wie wissenschaftliche Werke und ähnliches mehr. Diese können keine Phantasiepreise anlegen. Aber auch bei anderen Abnehmern ergeben sich Schwierigkeiten, die Preise den Verhältnissen entsprechend festzusetzen. So ist durch Grenzen aller Art dafür gesorgt, daß uns die Bäume im graphischen Gewerbe nicht in den Himmel wachsen. — — —

Ohne uns in die Einzelheiten dieser hier wiedergegebenen Anschauungen einzulassen, werden doch den aufmerksamen Lesern der »Graphischen Presse« manche Gedanken daraus nicht fremd sein. Wir haben bei der Vertretung berechtigter Gehilfenforderungen auch die Lage der Gegenpartei nicht vergessen. Sicher ist aber, daß verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Prinzipal und Gehilfen manche Nöte mildern, manche Schwierigkeiten aus der Welt schaffen kann.

Adressen-Änderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graphische Presse Nr. 23 und 32).

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 86—88, III zu berichten.

- Darmstadt: Rudolf Assmuth, Alicestr. 28.
- Eßlingen a. Neckar: Robert Gärtner, Uhländstr. 12.
- Kempen, Rhld.: Franz Beumers, Peterstr. 39.
- Kirchhain, N.-L.: Emil Lehmann, Schützenstr. 16.
- Meißeni. Sachsen: Arno Meyer, Cölnerstr. 6 pt

Opfer des Krieges.

Tote:

1915.

Kollege August Vorholz, Lithograph aus Elberfeld, geb. am 17. März 1880 in Bremen, Mitglied seit Oktober 1900, ist bereits im November 1915 in russischer Gefangenschaft gestorben.

1918.

Kollege Ludwig Hollenbach, Chemigraph aus Stuttgart, geb. am 22. Mai 1891, Mitglied seit Mai 1912, fand seinen Tod am 21. März im Westen.

Kollege Jean Pick, Formstecher aus Dessau, geb. am 11. August 1882 in Schuld, Kreis Adenau, Mitglied seit Januar 1909 (vorher im Formstecherverband seit 1907), ist am 30. März bei einem Sturmangriff bei Lassigny gefallen.

Kollege Alois Ostertag, Steindrucker aus München, geb. am 7. Dezember 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit Juli 1915, wurde am 9. Mai im Ruhequartier durch eine Fliegerbombe getötet.

Kollege Walter Flemming, Chemigraph aus Berlin, geb. am 17. September 1896, Mitglied seit Dezember 1914 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit November 1910), fiel am 15. Juni durch Artilleriegeschöß im Westen.

Kollege Heinrich Sielemann, Steindrucker aus Bielefeld, geb. am 27. Juli 1884, Mitglied seit Oktober 1902, fand seinen Tod Ende Juni durch Unglücksfall hinter der Front.

Kollege Paul Beer, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 20. Dezember 1893, Mitglied seit April 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit August 1908), fiel am 4. Juli durch Kopfschuß im Westen.

Kollege Matthias Reischl, Chemigraph aus München, geb. am 16. Juni 1896, Mitglied seit März 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Oktober 1912), ist am 5. Juli im Westen gefallen.

Tote:

Kollege Konrad Wetzold, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 6. April 1887 in Zwenkau, Mitglied seit April 1905, fand seinen Tod am 12. Juli durch Granatschuß im Westen.

Kollege Leonhard Fleiß, Chemigraph aus München, geb. am 19. September 1885, Mitglied seit Mai 1903, wurde am 15. Juli im Gefecht bei Soilly an beiden Oberschenkeln schwer verwundet und starb am 16. Juli auf dem Transport zum Lazarett.

Kollege Richard Strohheil, Steindrucker aus Dresden, geb. am 11. November 1889, Mitglied seit Dezember 1907, ist am 18. Juli im Westen gefallen.

Kollege Robert Eisenach, Lichtdrucker zuletzt in Leipzig, geb. am 11. September 1882 in Hirschfelde b. Zittau, Mitglied seit Juli 1901, fiel am 19. Juli durch Granatschuß im Westen.

Kollege Gustav Bertram, Chemigraph aus Braunschweig, geb. am 8. April 1893, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1908), fand seinen Tod am 21. Juli vor Reims.

Kollege Alfred Bräuer, Steindrucker aus Dresden, geb. am 10. Mai 1881, Mitglied seit Juli 1905, ist am 21. Juli im Westen gefallen.

Kollege Lothar Röhr, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 15. Januar 1899, Mitglied seit April 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1913), fiel am 24. Juli durch Granatvortreffer im Westen.

Kollege Alfred Wolff, Steindrucker, zuletzt in Meissen, geb. am 30. Juni 1888 in Glauchau i. S., Mitglied seit Oktober 1910, fand seinen Tod am 27. Juli im Westen.

Kollege Walter Richter, Chemigraph aus Berlin, geb. am 31. Oktober 1897, Mitglied seit April 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1912), fiel am 28. Juli bei Sepmoais (Soisson) in Frankreich.

Tote:

Kollege Paul Wegener, Repr. - Photograph aus Berlin, geb. am 21. Januar 1887, Mitglied seit Juli 1904, wurde am 21. Juli durch Fliegerbombe schwer verwundet und starb am 5. August im Kriegslazarett.

Kollege Kurt Schmidt, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 21. November 1899 in Zwenkau, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit Februar 1917, ist am 8. August im Westen gefallen.

Kollege Ludwig Schneider, Steindrucker aus München, geb. am 28. Oktober 1897, Mitglied seit Juli 1915 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit Mai 1912), fand seinen Tod am 9. August durch Verletzung eines Granatsplitters an der Bauhand.

Kollege Armin Seifmann, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 27. September 1874, Mitglied seit Dezember 1898, starb am 13. August in einem Lazarett in Leipzig.

Kollege Ernst Knapmeier, Steindrucker aus Bremen, geb. am 23. Januar 1886, Mitglied seit April 1904, wurde am 17. August durch Vortreffer im Westen getötet.

Kollege Friedrich Herbst, Lichtdrucker aus Leipzig, geb. am 14. Januar 1899, Mitglied seit März 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1913), fand seinen Tod am 20. August durch Kopfschuß im Westen.

Kollege Adolf Hofmann, Chemigraph aus Berlin, geb. am 15. Juni 1876 in Wien, Mitglied seit Januar 1901, starb am 26. August im Reserve-Lazarett Spandau an Gehirnentzündung.

Kollege Georg Mertes, Photograph aus Berlin, geb. am 24. April 1881 in Ehrang, Kreis Trier a. Mosel, Mitglied seit September 1908 (vorher im Photographen-Gehilfen-Verband seit 1904), ist am 27. August auf dem Bahnhof Anizy le Chateau durch Granate zerrissen worden.

Ehre ihrem Andenken!

Stellenangebote

a. v. oder g. v.
Reprodukt.-Photograph
für kriegswichtigen Betrieb gesucht.
Conrad Schönahls, Breslau,
Reuschstraße 51.

Retuscheure
besonders für Farbenlichtdruck stellt ein
Albert Frisch, Berlin,
Lützowstraße 66.

Wir suchen zum 1. Oktober für unsere photo-chemigraphische Abteilung zur Unterstützung des Vorstehers einen erfahrenen
Photo-Techniker
der die Klischee-Herstellung vollständig beherrscht. Ausführliche Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche an die Buchdruckerei
Rudolf Mosse, Berlin SW.
Jerusalemstr. 46-49.

Wir suchen einige tüchtige
Farbätzer
und einen tüchtigen
Autotypieätzer
in dauernde Stellung.
Kirstein & Co., Graphische Kunstanstalt,
Leipzig, Hospitalstr. 11a.

Tüchtige Maschinen-Retuscheure
und **Reprodukt.-Photographen**
für Auto und Strich für sofort in dauernde Stellung gesucht.
Angaben über bisherige Tätigkeit, des Lohnanspruchs und Zeugnisabschriften an
J. C. F. Pickenhahn & Sohn,
Graphische Kunstanstalt, Chemnitz.

Verschiedenes
Inserate
sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König
Berlin SO, Neumannstr. 69.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen **Fett-Extrakt-Zusatz** wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt nach Sirich, auch bei welchen kalkleckerigen Steinen. Übertreft in jeder Beziehung Stearic-Öl, welches doppelt so teuer. **Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe**

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.
Nachbestellungen liefern ein: L. W. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & D. Leipzig 15 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.; G. Breslau 5 Kg.; K. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.; A. Stuttgart 3 Kg.; F. A. & S. Niederschütz 5 Kg.; W. & S. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. usw.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Schnell-Trockenmittel „Extrakt“
patentamtlich geschützt.

„Betromit“ patentamtlich geschützt.
ein kleiner Zusatz von 1—4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. »Betromit« bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firnissen glänzend bearbeitet und vortrefflich nachbestellt. Großer Versand nach in- und Ausland. Viele Anerkennungs-schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders. Inkl. Porto 85 Pf. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.